

Hintergrundinformationen zum Thema Personal im rot-roten Koalitionsvertrag

Der Umgang mit dem Landespersonal (Fortschreibung der Personalbedarfsplanung) war ein besonders schwieriger und hart diskutierter Punkt der Koalitionsverhandlungen. Im Ergebnis ist es uns jedoch gelungen, die Personalbedarfsplanung aus dem Kontext der Haushaltskonsolidierung heraus zu halten und für den Öffentlichen Dienst einen eigenständigen Ansatz zu finden.

Bereits während der Verhandlungen wurde deutlich, dass die von der Vorgänger-Regierung stets benannten Eckzahlen insofern unrealistisch waren, als das diese mit einer rot-schwarzen Personal- und Haushaltspolitik nicht zu halten gewesen wären. Ohne das, von uns in den Verhandlungen eingeforderte politische Gegensteuern wäre die Zahl der öffentlich Bediensteten in unserem Land bis 2014 auf etwa 42.000 und bis 2019 auf ca. 36.000 zurückgefallen.¹ Die Arbeitsfähigkeit des öffentlichen Dienstes des Landes wäre damit ernsthaft gefährdet und eine bürgernahe und effektive Aufgabenerledigung in Frage gestellt worden.

Das ist nun anders; wir haben diesen Trend stoppen und in einigen Bereichen umkehren können:

- Der Personalbestand wird nicht unkontrolliert abfallen, sondern wird bei 45.500 im Jahr 2014 und bei 40.000 im Jahr 2019 stabilisiert.
- Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen im öffentlichen Dienst geben.

Im Bereich Bildung haben wir den seit 10 Jahren andauernden Personalabbau **von Lehrerstellen stoppen können**, die Personalsituation wird dadurch nunmehr stabilisiert.² Damit ist eine langjährige Forderung der LINKEN erfüllt, denn somit wird sichergestellt, dass die jetzt im System befindliche Zahl der Lehrer bei leicht rückgängiger Schülerzahl bis zum Ende der Legislatur erhalten bleibt und Altersabgänge ersetzt werden. (Die momentane Schüler-Lehrer-Relation hätte sich ohne Gegensteuern aufgrund der massiven Altersabgänge drastisch verschlechtert.) Zusätzlich haben wir erreicht, dass bereits zum Beginn der Legislatur die Voraussetzungen geschaffen werden, dass 1.250 Lehrer neu eingestellt werden können. Dies ist notwendig, um die bereits verabredeten Akzentsetzungen im Bereich Bildung (z.B. Kooperation Kita-Grundschule, Flex-Klassen an jeder Grundschule die das wünscht, Ausbau Halbtags- und Ganztags schulprogramm, Einrichtung von 7. Klassen im ländlichen Raum, Verstärkung des experimentellen Anteils in Sek I und Primarstufe, Halbierung der Schulabbrecherquote, Schulvisitation etc.) auch realisieren zu können. Bei einem weiteren Abschmelzen der Lehrerzahlen – wie ursprünglich unter rot-schwarz verabredet – wäre dies nicht möglich gewesen.

Auch im Bereich Polizei ist der in Rede stehende Abbau von 3.000 Stellen vom Tisch. Die in der Ausbildung befindlichen 615 PolizeianwärterInnen in den Landesdienst übernommen.³

Auf Grund der Verbesserung der Betreuungsschlüssel in den Kitas (bei den 0-3-jährigen und bei den 3-6-jährigen auf 1:6 bzw. 1:12) ist mit der Einstellung von etwa 1.000 Erzieherinnen und Erzieher landesweit zu rechnen.

Das es unabhängig von den erreichten Neueinstellungen insgesamt zu einer natürlichen, d.h. altersbedingten bzw. aus sonstigen Gründen Personalreduzierung in den nächsten Jahren kommen wird, war Konsens der Verhandlungspartner. In Vorbereitung der Koalitionsverhandlungen haben wir diesbezüglich einwohnerbezogene Benchmarks zu großen Personalkörpern unternommen unter besondere Berücksichtigung finanzschwacher Flächenländer West (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Saarland).

1 Vgl. Tabelle 1 – Altersabgänge in der Landesverwaltung

2 Vgl. Tabelle 2 – Altersabgänge und Fluktuation Bereich Lehrer

3 Vgl. Tabelle 3 – Altersabgänge und Fluktuation Bereich Polizei

Wir konnten feststellen, dass 2007 das Land Brandenburg nach Bundesstatistik über 22,4 VZE/ 1.000 EW (incl. Zeit- und Drittmittelpersonal, Azubi, Referendare, Stiftungen, AÖR) hatte.⁴

Damit besaß Brandenburg eine deutlich bessere Ausstattung als die zum Vergleich herangezogenen Bundesländer. Nach den uns vorliegenden Daten und der zur Verfügung stehenden Personalplanungen anderer Bundesländer wird es auch 2014 immer noch so sein, dass Brandenburg in Gänze eine bessere Personalausstattung als die zum Vergleich herangezogenen Bundesländer haben wird; in einigen Bereichen wie z.B. der Bildung sogar eine wesentliche bessere Ausstattung aufweisen wird.⁵

Schleswig-Holstein:	19,54 VZE/1.000 EW
Niedersachsen:	20,23 VZE/1.000 EW
Rheinland-Pfalz:	21,52 VZE/1.000 EW
Saarland:	21,16 VZE/1.000 EW

Polizei⁶

Bei der Polizei lag Brandenburg 2008 bei 267 Einwohnern pro Polizist. D.h. rechnerisch betreute 1 Polizist 267 Einwohner. Auch damit ist Brandenburg deutlich besser ausgestattet als Niedersachsen (395 EW/Polizist), Schleswig-Holstein (367 EW/Polizist), Rheinland-Pfalz (348 EW/Polizist) und dem Saarland (318 EW/Polizist).

Lehrer⁷

Bei der Schüler-Lehrer-Relation (Schüler pro Lehrer an allgemeinen und beruflichen Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft nach der offiziellen KMK-Systematik) kam Brandenburg im Schuljahr 2007/2008 auf eine Relation von 15,6 (15,6 Schüler pro Lehrer).

Damit besaß Brandenburg eine deutlich bessere Ausstattung als Schleswig-Holstein (17,9 Schüler pro Lehrer), Rheinland-Pfalz und Saarland (jeweils 17,3) und Niedersachsen (17,0).

Steuerverwaltung⁸

Nach einer aktuellen Aufstellung der Steuerverwaltung (allerdings ohne hD, wohl auch technische Finanzämter) verfügte Brandenburg 2008 über eine rechnerische Betreuungsquote von 780 Einwohnern pro VZE in der Steuerverwaltung. Damit besaß Brandenburg eine deutlich bessere Ausstattung als Rheinland-Pfalz (816 EW/VZE) und ist auch besser ausgestattet als das Saarland (790 EW/VZE). Schleswig-Holstein (772 EW/VZE) liegt etwa gleichauf, Niedersachsen (760 EW/VZE) ist besser ausgestattet als Brandenburg.

Wir halten daher den gefundenen Konsens für einen guten Kompromiss, denn mit unseren Akzentsetzungen wird gewährleistet, dass es insbesondere im Schwerpunktbereich Bildung es zu keiner weiteren Verschlechterung kommen und Brandenburg auch am Ende der Legislatur noch eine gute personelle Ausstattung aufweisen wird. Durch die aufgenommene Formulierung „Entscheidungen über darüber hinausgehende Bedarfe in allen Ressorts bleiben den jeweiligen Jahreshaushalten vorbehalten“ haben wir uns weitere Einstellungsoptionen entsprechend den finanziellen Möglichkeiten vorbehalten.

Anlagen:

Tabelle 1: Altersabgänge in der Landesverwaltung

Tabelle 2: Altersabgänge und Fluktuation im Lehrerbereich

Tabelle 3: Altersabgänge und Fluktuation im Polizeibereich

Tabelle 4: Einigungen aus dem Koalitionsvertrag

Tabelle 5: Ländervergleich der Personalausstattung

Tabelle 6: Ländervergleich Polizei pro Einwohner

Tabelle 7: Ländervergleich Lehrer-Schüler-Relation

Tabelle 8: Ländervergleich Steuerbereich

4 Vgl. Tabelle 5 - Ländervergleich der Personalausstattung

5 Übersicht Personalentwicklung

6 Vgl. Tabelle 6 – Ländervergleich Polizei pro Einwohner

7 Vgl. Tabelle 7 – Ländervergleich Schüler-Lehrer-Relation

8 Vgl. Tabelle 8 – Ländervergleich Steuerbereich

Tabelle 1: Altersabgänge und Fluktuation insgesamt

	Altersabgänge	Unterstellte Fluktuation von 1%	Verbleibend	Zielzahl	Stellendifferenz
Ausgangszahl 1.1.2010			51.400		
2010	-787	-514	50.099		
2011	-670	-501	49.733		
2012	-983	-497	48.473		
2013	-1.319	-485	46.669		
2014	-1.209	-467	44.993		
Ende der Legislatur	-4.968	-2.464		45.500	507
2015	-1.430	-450	43.113		
2016	-1.443	-431	41.670		
2017	-1.512	-417	40.158		
2018	-1.698	-402	38.460		
2019	-2.289	-385	36.171		
Insgesamt bis 2019	-13.340	-4.549		40.000	3.829

Tabelle 2: Altersabgänge und Fluktuation Bereich Lehrer

	Schülerzahlen ⁹	Altersabgänge	Unterstellte Fluktuation von 1%	Verbleibende VZE (+ ca. 900 Überhänge)	VZE laut Schulress. konzept	Erzielte Einigung	Differenz
Ausgangszahl 1.1.2010				17.337¹⁰			
2010/11	246.790	-270	-173	16.894	16.438	16.440	2 mehr
2011/12	245.340	-162	-169	17.163¹¹	16.307	16.409	102 mehr
2012/13	241.570	-323	-172	16.668	16.026	16.381	355 mehr
2013/14	243.110	-620	-167	15.881	16.126	16.353	227 mehr
2014/15	245.260	-374	-159	15.349	16.265	16.325	60 mehr
Ende der Legislatur		-1.749	-840				+ 746 + 1.250 neu

Tabelle 3: Altersabgänge und Fluktuation im Polizeibereich

Jahr	Stellenanzahl 1. Januar	Altersabgänge (o. ATZ-Freistellungsphase)	Sonstige Fluktuation (1%)	Anwärterübernahme geplant	Bestand zum 31. Dezember
2010	8.841	173	88	190	8.770
2011	8.770	171	87	205	8.717
2012	8.717	228	86	220	8.623
2013	8.623	252	85	-	8.286
2014	8.286	268	81	-	7.937
2015	7.937	333	77	-	7.527
2016	7.527	322	73	-	7.132
2017	7.132	349	69	-	6.714
2018	6.714	375	64	-	6.275

⁹ gem. Modellrechnung Februar 2007 an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in öffentlicher Trägerschaft

¹⁰ + 900 Lehrerüberhänge

¹¹ + 300 Lehrerüberhänge

2019	6.275	408	60	-	5.807
------	-------	-----	----	---	--------------

Tabelle 4:**Ländervergleich Landespersonal 30.06.07 (Statist. Jahrbuch Bund 2008)**

Bundesland	Einwohner 1.000 EW	Stellen Seitz ohne Hochschulen		Stellen Jahrbuch incl. Hochschulen u.a.	
		VZÄ/Stelle 1.000	VZÄ/ TEW	VZÄ/Stelle 1.000	VZÄ/ TEW
Baden- Württemberg	10.745	194,38	18,09	222,05	20,67
Bayern	12.502	218,66	17,49	248,44	19,87
Berlin	3.415	139,77	40,93	152,9	44,77
Brandenburg	2.542	52,83	20,78	57,03	22,43
Bremen	663	23,02	34,72	26,04	39,27
Hamburg	1.760	61,18	34,76	65,98	37,49
Hessen	6.070	114,48	18,86	131,16	21,61
Mecklenburg- Vorpommern	1.687	34,77	20,61	39,55	23,44
Niedersachsen	7.988	143,63	17,98	161,59	20,23
Nordrhein- Westfalen	18.014	298,67	16,58	340,14	18,88
Rheinland- Pfalz	4.050	78,97	19,50	87,16	21,52
Saarland	1.039	19,23	18,50	22,00	21,16
Sachsen	4.234	80,66	19,05	94,58	22,34
Sachsen- Anhalt	2.428	50,02	20,60	54,06	22,26
Schleswig- Holstein	2.834	51,58	18,20	55,38	19,54
Thüringen	2.300	47,16	20,50	52,77	22,94
Ø Flächenländer			17,71		20,03
Ø Flächenländer Ost			20,12		22,59
Ø Flächenländer West			17,70		20,05

Überhang Bbg im Vgl. Ø Flächenländer:

6.120 Stellen

Überhang Bbg im Vgl. Ø Flächenländer West:

6.060 Stellen

Überhang Bbg im Vgl. zu Schleswig Holstein:

7.350 Stellen

Tabelle 5: Ländervergleich Polizei pro Einwohner

Bundesland	VZÄ/ Stellen Polizei	Einwohner 1.000 EW	von 1 Polizisten zu betreuende Einwohner
Baden- Württemberg	27.836	10.745	386
Bayern	36.096	12.502	346
<i>Berlin (Stadtstaat)</i>	<i>21.249</i>	<i>3.415</i>	<i>161</i>
Brandenburg	9.510	2.542	267
<i>Bremen (Stadtstaat)</i>	<i>3.169</i>	<i>663</i>	<i>209</i>
<i>Hamburg Stadtstaat)</i>	<i>9.197</i>	<i>1.760</i>	<i>191</i>
Hessen	16.964	6.070	358
Mecklenburg- Vorp	6.429	1.687	262
Niedersachsen	22.058	7.988	362
Nordrhein- Westfalen	45.603	18.014	395
Rheinland- Pfalz	11.627	4.050	348
Saarland	3.270	1.039	318
Sachsen	14.054	4.234	301
Sachsen- Anhalt	9.001	2.428	270
Schleswig- Holstein	7.732	2.834	367
Thüringen	7.598	2.300	303
Ø Flächenländer			351
Ø Flächenländer Ost			283
Ø Flächenländer West			369

Überhang Polizei Bbg im Vgl. Ø Flächenländer:

2.268 Stellen

Überhang Polizei Bbg im Vgl. Ø Flächenländer Ost:

528 Stellen

Überhang Polizei Bbg im Vgl. Ø Flächenländer West:

2.620 Stellen

Überhang Polizei Bbg im Vgl. zu Schleswig Holstein:

2.583 Stellen

Tabelle 6: Ländervergleich Lehrer-Schüler-Relation

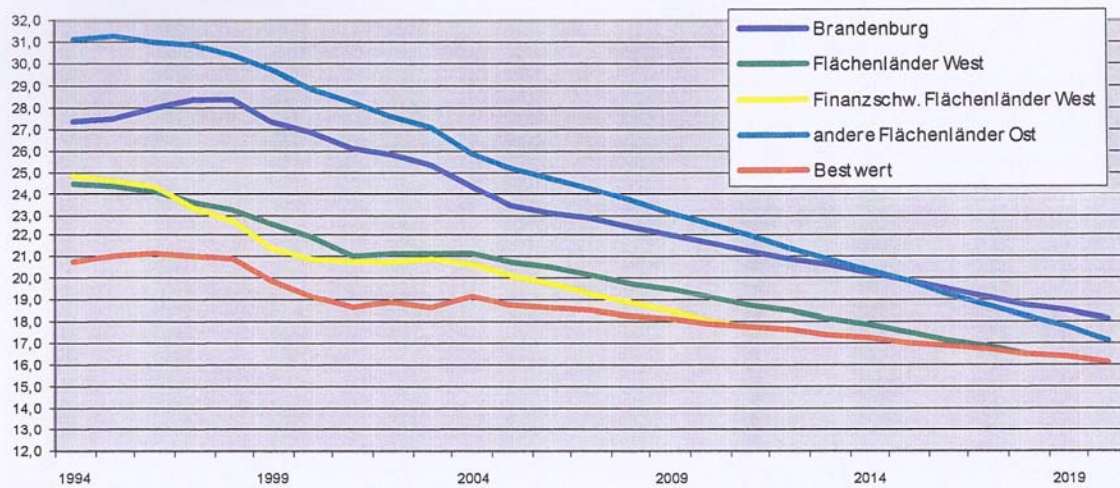
Bundesland	Schüler/ Lehrer- Relation allgem./ berufliche Schulen 2007/ 2008, öffentliche und freie Trägerschaft nach KMK-Systematik
Baden- Württemberg	16,0
Bayern	17,2
Bremen	17,4
Hamburg	15,9
Hessen	18,1
Niedersachsen	17,0
NRW	17,9
Rheinland- Pfalz	17,3
Saarland	17,3
Schleswig- Holstein	17,9
Berlin	15,2
Brandenburg	15,6
Mecklenburg- Vorpommern	16,7
Sachsen	14,1
Sachsen- Anhalt	13,9
Thüringen	14,3
Länder insgesamt	17,2

Tabelle 7: Ländervergleich Ausstattung der Steuerverwaltung**Steuerverwaltungen 2008 (ohne hD, TFA)**

	EW	geh. Dienst	mittl. Dienst	Anteil g.D.	Verh. Bed. EW
BW		5.835	5.122	10.957	
		158	1.038	1.196	
	10.749.755			12.153	0,493 884,535
BY		6.377	7.249	13.626	
		57	1.036	1.093	
	12.520.332			14.719	0,437 850,624
BE		2.370	2.108	4.478	
		282	824	1.106	
	3.416.255			5.584	0,475 611,794
BB		1.366	976	2.342	
		190	718	908	
	2.535.737			3.250	0,479 780,227
HB		533	302	835	
		21	127	148	
	663.082			983	0,564 674,549
HH		1.521	1.201	2.722	
		78	328	406	
	1.770.629			3.128	0,511 566,058
HE		3.430	2.785	6.215	
		165	1.432	1.597	
	6.072.555			7.812	0,460 777,337
MV		930	882	1.812	
		78	300	378	
	1.679.682			2.190	0,460 766,978
NI		4.540	4.134	8.674	
		90	1.722	1.812	
	7.971.684			10.486	0,442 760,222
NW		11.941	5.714	17.655	
		353	4.151	4.504	
	17.996.621			22.159	0,555 812,159
RP		1.921	2.341	4.262	
		36	656	692	
	4.045.643			4.954	0,395 816,642
Saar		529	569	1.098	
		9	204	213	
	1.036.598			1.311	0,410 790,693
SN		2.398	2.289	4.687	
		249	603	852	
	4.220.200			5.539	0,478 761,906
ST		1.310	1.256	2.566	
		60	621	681	
	2.412.472			3.247	0,422 742,985
SH		1.417	1.786	3.203	
		73	398	471	
	2.837.373			3.674	0,406 772,284
TH		936	1.293	2.229	
		154	500	654	
	2.289.219			2.883	0,378 794,041
gesamt	82.217.837	47.361	40.012	87.373	
		2.057	14.667	16.724	
				104.097	0,475 789,819

Entwicklung Personalverleiche

Beschäftigte im öffentlichen Dienst je 1000 Einwohner



(Prognose 2007, im Rahmen der PBP 2012)